



A man stands behind a fence in a camp where displaced people who fled the anti-immigrant violence took refuge on April 19, 2015 in the village of Primrose, 15 kms east of Johannesburg. The government stepped up on April 19 its response to unrest in Johannesburg and the eastern coastal city of Durban, with Home Minister Malusi Gigaba resolving to end "all acts that seek to plunge our country into anarchy". © MARCO LONGARI/AFP/Getty Images

SÜDAFRIKA

Republik Südafrika

Staats- und Regierungschef: Matamela Cyril Ramaphosa

Nach seiner Amtsenthebung im Februar 2018 durch den regierenden Afrikanischen Nationalkongress (ANC) im Februar 2018 hörte die Untersuchungskommission weiterhin die Zeugenaussagen mit allen Vorwürfen der "staatlichen Gefangennahme" unter der Regierung des ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma an. Es bestehen nach wie vor große Ungleichheiten im Land, die die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte weiter unterminieren, darunter auch die Gesundheitsdienste, wo es an Medikamenten wie ARVs für Menschen, die mit HIV/AIDS leben, mangelt. Dürre, die durch den Klimawandel verschärft wurde, bedrohte weiterhin das Recht auf Lebensunterhalt für Millionen von Menschen, und die Lebensmittelpreise stiegen im Laufe des Jahres weiter an, angetrieben durch den Anstieg der Treibstoffpreise.

HINTERGRUND

Der ANC gewann die Wahl am 8. Mai und setzte die tödliche systematische fremdenfeindliche Gewalt gegen Flüchtlinge, Asylsuchende und Migranten fort, teilweise aufgrund der jahrelangen Straflosigkeit bei früheren fremdenfeindlichen Straftaten. Die Gewalttätigkeiten im August und September führten zur Tötung von mindestens zwölf Menschen, sowohl Einheimischen als auch Ausländern, zur Plünderung von Geschäften von Einheimischen und Ausländern sowie zur Verbrennung und Zerstörung ihres Eigentums Die Untersuchungskommission für Staatsgefangennahme hörte weiterhin Zeugenaussagen über den Vorwurf der

"Staatsgefängnisnahme" während der Regierung des ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma. Die Kommission hörte zudem erschütternde Zeugenaussagen über angebliche korrupte Regierungsverfahren, die einigen wenigen Personen zu Gute kommen sollten, von denen angenommen wird, dass sie mit Zuma in Verbindung stehen. Die Brutalität der Polizei ging weiter und führte zum Tod eines Mannes im Polizeigewahrsam, nachdem er von der Polizei in Johannesburg verhaftet worden war, weil er angeblich eine rote Ampel überfahren hatte.

EXZESSIVER EINSATZ VON POLIZEIGEWALT

Die Unabhängige Ermittlungsdirektion der Polizei (IPID) verzeichnete in ihrem Jahresbericht 2018/19 393 Fälle von Todesfällen infolge von Polizeiaktionen und 214 Fälle von Todesfällen in polizeilichem Gewahrsam. Ferner wurden 124 Fälle von Vergewaltigungen durch Polizeibeamte sowie 270 Fälle von Folterungen gemeldet. Im Februar reichte die NGO Social Justice Coalition bei IPID eine formelle Beschwerde ein. Die Beschwerde wurde eingereicht, nachdem ihr Generalsekretär, Axolile Notywala, von der Polizei angegriffen worden war. Notywala wurde während eines friedlichen Protestes vor dem Bürgerzentrum in Kapstadt in Gewahrsam genommen. Er behauptete, er sei während der Verhaftung misshandelt worden, unter anderem fünf Mal geohrfeigt und zwei Stunden lang in Handschellen gehalten worden, bevor er angeklagt wurde, sich in die Arbeit der Polizei eingemischt und Protestierende angestiftet zu haben.

Am 18. August starb Tshegofatso Selahle am 18. August in Johannesburg in Polizeigewahrsam an Verletzungen durch angebliche Schläge. Am 17. August wurde Selahle vom Johannesburger Metro Police Department (JMPD) verhaftet, nachdem er in Johannesburg eine rote Ampel fälschlicherweise überfahren hatte. Die Polizei behauptete, er sei gewalttätig gewesen und habe sich der Verhaftung widersetzt. Im August bestätigte IPID den Tod eines 46-jährigen nigerianischen Staatsangehörigen, der angeblich durch Mitglieder des südafrikanischen Polizeidienstes in King William's Town am Ostkap ums Leben gekommen war. Das IPID berichtete, dass die Polizei Drogenrazzien durchführte und dass der Verstorbene während eines Interviews mit der Polizei verstarb. Ende des Jahres setzte das IPID seine Ermittlungen in dieser Angelegenheit fort.

GENDER-BASIERTE GEWALT

Gender-basierte Gewalt setzte sich im Land weiter fort, einschließlich der Ermordung der Studentin der Universität Kapstadt, Uyinene Mrwetyana, Ende August. Mrwetyana wurde angeblich von einem 42-jährigen Postbeamten in der Clareinch-Niederlassung in Kapstadt getötet. Der Verdächtige lockte sie nach Feierabend unter dem Vorwand, ihr bei der Abholung eines Pakets zu helfen, in das Postgebäude. Der Mann wurde verhaftet, nachdem er den Mord gestanden hatte, und wurde der Vergewaltigung, des Mordes und der Missachtung der Rechtsprechung angeklagt. Er wurde wegen Mordes zu lebenslanger Haft, zwei lebenslangen Haftstrafen in beiden Fällen von Vergewaltigung und fünf Jahren wegen Missachtung der Rechtsprechung am 15. November verurteilt. Der für den Fall verantwortliche Staatsanwalt teilte dem Gericht mit, dass Mrwetyana in der Post vergewaltigt und zu Tode geknüpelt wurde. Nach der Ermordung von Mrwetyana wurde in den Medien über eine Reihe von Morden und das Verschwinden von Frauen in verschiedenen Teilen des Landes berichtet, was das Ausmaß des Problems im Land verdeutlicht. Die nationale Kommission für die Gleichstellung der Geschlechter (Commission for Gender Equality, CGE), eine unabhängige verfassungsrechtliche Institution, äußerte sich im September besorgt über die Straflosigkeit von Tätern geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und von Frauenmorden und führte einen "allgemeinen Mangel an entschlossenem Handeln des Staates "

und "lange Verzögerungen bei der Verfolgung von GBV-Fällen" an. Die CGE rief dazu auf, solchen Verbrechen innerhalb des südafrikanischen Strafrechtssystems Priorität einzuräumen und Überlebende von Vergewaltigung und GBV stärker zu unterstützen; zivilgesellschaftliche Gruppen berichteten jedoch von der Unterbesetzung der Thuthuzela Care Centres, die als Orte der medizinischen, forensischen, rechtlichen und beratenden Unterstützung für Vergewaltigungsüberlebende ausgewiesen sind, da die Regierung es versäumt habe, die Zentren nach dem Verlust der internationalen Finanzhilfe zu finanzieren. Mitglieder des Parlaments berichteten von Engpässen oder Lagerbeständen an Vergewaltigungskits bei mehreren Polizeidienststellen.

SEXUELLE UND REPRODUKTIVE RECHTE

Mädchen und junge Frauen sahen sich weiterhin Herausforderungen beim Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten und Informationen gegenüber. Amnesty International besuchte Gemeinden in den Provinzen KwaZulu-Natal und Mpumalanga, wo Frauen zwischen November 2018 und Februar 2019 über fehlende Lagerbestände und Engpässe bei Empfängnisverhütung und antiretroviralen Medikamenten berichteten. Frauen war der Zugang zu sicheren, legalen Abtreibungen nach wie vor verwehrt, da die Regierung nur langsame Fortschritte bei der Erhöhung der Zahl der öffentlichen Gesundheitseinrichtungen machte, die diese Dienste anbieten, und es versäumte, auf der Website des Gesundheitsministeriums Informationen zum Thema Abtreibung bereitzustellen. Frauen berichteten Amnesty International, dass sie nach wie vor lange Wege und Transportkosten auf sich nehmen müssen, um in öffentlichen Krankenhäusern Zugang zu einer Abtreibung zu erhalten, was zu Verzögerungen und dem Risiko führt, dass ihnen die Abtreibung verweigert wird, wenn sich der Eingriff über die gesetzlichen Schwangerschaftsgrenzen hinaus verzögert. Die Knappheit an medizinischen Notfalltransporten (Krankswagen) bleibt eine nationale Krise. Die Gemeindemitglieder in Mpumalanga und Kwazulu-Natal berichteten weiterhin, dass sie in Notfällen für private Transporte aufkommen müssen. Das Land machte weiterhin Fortschritte bei der Senkung der Müttersterblichkeitsrate, doch Daten, die 2019 veröffentlicht wurden, zeigten, dass die Fortschritte zu langsam waren, um die Ziele der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Anfang 2019 erließen die nationale Gesundheitsbehörde und die Gauteng Gesundheitsbehörde Direktiven, die von Ausländern verlangten, für die Gesundheitsversorgung in öffentlichen Einrichtungen in vollem Umfang zu zahlen. Die Gebühren für öffentliche Gesundheitsdienste sind in Südafrika geplant, aber Schlüsseldienste, einschließlich der medizinischen Grundversorgung, der Gesundheitsfürsorge für Mütter, Abtreibung und Notfallbehandlung sollten für alle frei verfügbar sein. Das Recht auf Gesundheit, einschließlich der reproduktiven Gesundheit, ist gemäß Abschnitt 27 der Verfassung geschützt. Da die Richtlinien später zurückgezogen wurden, kam es zu weiteren Missverständnissen zu den Barrieren für den Zugang zu Gesundheitsdiensten. Im August wurde berichtet, dass eine Frau in einem öffentlichen Krankenhaus in Mamelodi, Pretoria, eine Totgeburt erlitt, nachdem das Krankenhauspersonal sich geweigert hatte, ihr bei der Geburt ihres Kindes zu helfen, angeblich weil sie Simbawerin war.

MEINUNGSFFREIHEIT

Im Juli reichten das südafrikanische Verleger-Forum (SANEF) und einige Journalisten beim Gleichstellungsgericht eine Beschwerde gegen den Vorsitzenden der Economic FreedomFighters (EFF), Julius Malema, ein, in der sie ihm Hassreden vorwarfen. Die Beschwerde folgte auf Angriffe, von denen sie glaubten, sie seien ein Versuch, Journalisten zu schikanieren und einzuschüchtern und sie daran zu hindern, kritisch über die Partei und ihre Führer zu berichten. Die Gerichtsverhandlung

folgte auf Fälle, in denen Malema Journalisten bei öffentlichen politischen Versammlungen und in unsozialen Medien mit ihrem Namen identifizierte und seinen Anhängern sagte, sie sollten sich "mit ihnen befassen". Am 24. Oktober entschied das Gericht gegen die SANEF und erklärte teilweise, dass unpopuläre, beleidigende oder umstrittene Ansichten nicht unbedingt Hassreden darstellen. Am 5. März teilte Malema die persönliche Mobiltelefonnummer der Journalistin Karima Brown auf seinem Twitter-Account mit und machte sie damit anfällig für den Empfang missbräuchlicher Nachrichten und bedrohlicher Telefonanrufe von seinen Unterstützern. Das Gericht hörte, wie Malema Journalisten im Vorfeld der Wahlen vom 8. Mai gezielt wegen ihrer kritischen Berichterstattung über die Partei im Allgemeinen ins Visier nahm. Der Oberste Gerichtshof von Süd-Gauteng entschied später zugunsten von Brown. Am 12. September kündigte Malema ein Verbot für die unabhängige investigative Journalismus-Einheit Ama Bhungane und den investigativen Arm der Daily Maverick, Scorpio, an, an den politischen Veranstaltungen der EFF teilzunehmen. Während der Gedenkfeier der Partei für den verstorbenen ehemaligen simbabwischen Präsidenten Robert Mugabe in Soweto sagte Malema seinen Anhängern, dass die beiden Online-Zeitungen "als Feinde" behandelt werden sollten. Es ist bekannt, dass die beiden Medienvertreter kritisch über die finanziellen Angelegenheiten von Malema und anderen EFF-Führungskräften berichteten, darunter auch darüber, wie sie angeblich durch großzügige Finanzspritzen der Führungskräfte der inzwischen zusammengebrochenen, angeblich geplünderten Venda Building Society (VBS) Mutual Bank profitierten.

RECHTE VON FLÜCHTLINGEN UND MIGRANTEN

Systematische fremdenfeindliche Gewalt gegen Flüchtlinge, Asylsuchende und Migranten, die teilweise durch jahrelange Straflosigkeit für frühere Angriffe und Versäumnisse im Strafrechtssystem verursacht wurden, sorgt dafür, dass diese gefährdete Gruppe exponiert und schutzlos blieb. Die Gewalt im August und September war eine der längsten seit 2008 und führte zur Tötung von 12 Personen, sowohl Einheimischen als auch Ausländern, und zur Plünderung von Geschäften, die hauptsächlich ausländischen Staatsangehörigen gehören, sowie zur Verbrennung und Zerstörung ihrer Besitztümer. Die Gewalt wurde dadurch ausgelöst, dass Einheimische ausländische Staatsangehörige wegen illegalen Drogenhandels und des Diebstahls ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten, wie Arbeitsplätze und Geschäftsmöglichkeiten, beschuldigt wurden, und in zwei Städten, Johannesburg und Pretoria, Geschäfte nigerianischer und ausländischer Staatsangehöriger ins Visier genommen wurden, deren Bestände und Besitztümer im Wert von Millionen verbrannt wurden. In der ersten Septemberwoche eskalierte die Gewalt dramatisch, nachdem es zu Konfrontationen zwischen Einheimischen und Ausländern gekommen war, die durch schreckliche Angriffe und Morde gekennzeichnet waren. Die Regierung hat es weitgehend versäumt, sich mit den vergangenen fremdenfeindlichen Gewaltausbrüchen im ganzen Land auseinanderzusetzen und stattdessen oft weiterhin Ausländer zum Sündenbock zu machen, indem sie behauptet, sie seien für das hohe Kriminalitätsniveau verantwortlich, belasteten die staatlichen Dienste und betrieben illegale Geschäfte.

GESCHÄFTE UND MENSCHENRECHTE

Sieben Jahre nach dem Minenstreik, der am 16. August 2012 zur tödlichen Erschießung von 34 Männern in der Lonmin-Mine Marikana durch die südafrikanische Polizei führte, warten die Opfer und ihre Familien, die direkt von der Tragödie betroffen waren, immer noch auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, einschließlich einer angemessenen Entschädigung.

RECHT AUF WASSER

Dörfer in und um Giyani in der Provinz Limpopo litten weiterhin unter fehlendem Zugang zu Wasser aufgrund der zusammengebrochenen Wasserinfrastruktur nach der Ausschreibung der Regierung, die 55 Dörfer mit Wasser versorgen sollte, die zum Stillstand gekommen war. Obwohl die Regierung den Auftragnehmern LTE Consulting, Khato Civils und SouthZambezi mehr als 148 Millionen US-Dollar gezahlt hatte, war die entscheidende Wasserversorgung Ende des Jahres noch nicht geliefert worden. Die Sonderermittlungseinheiten forderten daraufhin die drei Unternehmen auf, das Geld, das sie vom Staat erhalten hatten, zurückzuerstatten.